

# **Niederschrift Nr. 1 über die öffentliche Sitzung des Ausschusses für öffentliche Sicherheit, Ordnung und Bürgerservice am 29.01.2002**

---

Sitzungsort:  
im Ratssaal, Verwaltungsgeb. II,

Sitzungsdauer:  
17.00 Uhr - 18.45 Uhr

Anwesend waren:

## **Stimmberechtigte Mitglieder**

### **SPD**

Ratsherr Jürjen Heinks - Vorsitzender -  
Ratsfrau Berendine Bamminger  
Ratsherr Walter Davids  
Beigeordnete Lina Meyer für Ratsfrau Marianne Pohlmann  
Ratsherr Richard Woldmer

### **CDU/FDP**

Beigeordneter Helmut Bongartz  
Ratsherr Herbert Buisker  
Ratsherr Holger Klaassen  
Ratsherr Meinhard Meißner  
Ratsherr Hinrich Odinga  
Ratsherr Gerhard Schaudinn

## **Nichtstimmberichtigte Mitglieder**

### **Bündnis 90/Die Grünen** (Grundmandat)

Ratsherr Wulf-Dieter Stolz für Ratsherrn Hermann Züchner

## **Beratende Mitglieder**

Herr Siemen Boomgaarden  
Herr Ingo Tuitje  
Herr Heinz-Wilhelm Weber  
Herr Helmut Zimmermann

## **von der Verwaltung**

Stadtbaurat Jan Röttgers  
Städt Oberamtsrat Wolfgang Münch FBL 400  
Städt. Oberamtsrat Dieter Mansholt  
Stadtamtmann Volker Grendel  
Stadtamtsfrau Beate Stomberg i.V. für Stadtamtsrat Steenhardt  
Stadtbrandmeister Bernd Lenz  
Stadtangestellte Olga Onnenga als Protokollführerin

**Punkt 1:** Eröffnung der Sitzung und Feststellung der Beschlussfähigkeit

**Herr Heinks** eröffnet die Sitzung, begrüßt alle Anwesenden und stellt fest, dass der Ausschuss beschlussfähig ist.

## **Niederschrift Nr. 1 über die öffentliche Sitzung des Ausschusses für öffentliche Sicherheit, Ordnung und Bürgerservice am 29.01.2002**

---

**Punkt 2:** Feststellung der Tagesordnung

**Herr Heinks** stellt fest, dass die Tagesordnung den Ausschussmitgliedern rechtzeitig zugegangen ist. Gegen die Tagesordnung werden keine Einwände erhoben.

**Punkt 3:** Verpflichtung beratender Mitglieder

**Herr Heinks** nimmt die Verpflichtung der beratenden Mitglieder vor und weist auf die ihnen nach den §§ 25 bis 27 der Niedersächsischen Gemeindeordnung obliegenden Pflichten hin.

**Punkt 4:** Einwohnerfragestunde

**Herr Heinks** erkundigt sich bei den anwesenden Einwohnern, ob Fragen zu den Beratungspunkten dieser Sitzung gestellt werden möchten; dies ist nicht der Fall.

**Punkt 5:** Vorlage 14/38  
Haushaltssatzung der Stadt Emden für das Haushaltsjahr 2002

**Herr Mansholt** verweist auf die vor der Sitzung verteilte Übersicht, aus der genau hervorgeht, für welche Produkte der Fachausschuss zuständig ist. Außerdem dient die Übersicht zur besseren Orientierung. Haushaltsplan und Produktplan decken sich in den Summen zu 100 %.

Auf Wunsch von **Herrn Bongartz und Herrn Woldmer** wird zunächst der Verwaltungs- und dann der Vermögenshaushalt zur Debatte gestellt.

**Herrn Schaudinn** interessieren die bei der Haushaltsstelle 1300-3610 vereinnahmten Gelder aus der Feuerschutzsteuer. Er möchte wissen, wie hoch der tatsächliche finanzielle Anteil der schlüsselmäßigen Zuweisung für die Feuerwehr ist. Seit den Ereignissen vom 11. September 2001 will der Bürger mehr Sicherheit, er frage sich, ob die Feuerwehr und der Katastrophenschutz diese Sicherheit gewährleisten können und ob die zugewiesenen Gelder zweckgebunden verwendet werden.

**Herr Münch** erwidert, dass die Feuerwehr die volle Höhe der schlüsselmäßigen Zuweisung vereinnahmt.

Von **Herrn Mansholt** wird bestätigt, dass die Einnahmen aus der Feuerschutzsteuer zweckgebunden verwendet werden.

**Herr Woldmer** vermisst die Finanzplanung für die Neubauten der Feuerwehrhäuser Widdelswehr/Petkum und Larrelt, er wird von **Herrn Mansholt** auf das Investitionsprogramm (braune Seiten im Verwaltungsentwurf des Haushaltsplanes) hingewiesen.

Zwischen **Herrn Bongartz und Herrn Mansholt** entsteht eine Diskussion über die Zuständigkeiten des Ausschusses. Dabei weist **Herr Mansholt** darauf hin, dass für die Absichtserklärung von Maßnahmen dieser Ausschuss zuständig ist, für die Ausführung jedoch der BEE.

**Herr Röttgers** bemerkt dazu, dass der Ausschuss für Stadtentwicklung für die Planung, dieser Ausschuss für die Verkehrslenkung, die Bauherrensituation durch den BEE behandelt wird. Da Planung und Lenkung oft ineinander übergehen, soll am 14.02.2002 auch eine gemeinsame Sitzung des Ausschusses für Stadtentwicklung und dem Ausschuss Öffentliche Sicherheit, Ordnung und Bürgerservice stattfinden, in der u.a. ein Zwischenbericht des Ingenieurbüros Schnüll und Partner zum Verkehrsentwicklungsplan erfolgen soll.

## **Niederschrift Nr. 1 über die öffentliche Sitzung des Ausschusses für öffentliche Sicherheit, Ordnung und Bürgerservice am 29.01.2002**

---

**Herr Heinks** läßt über die Vorlage der Haushaltssatzung abstimmen.

**Beschluss:** Der Ausschuss für Öffentliche Sicherheit, Ordnung und Bürgerservice empfiehlt dem Rat der Stadt Emden die der Vorlage als Anlage beigefügte Haushaltssatzung der Stadt Emden für das Haushaltsjahr 2002 zu beschließen.

**Ergebnis:** einstimmig

**Punkt 6:** Vorlage 14/39  
Produktbuch der Stadt Emden für das Haushaltsjahr 2002

Da zum Produktbuch keine weiteren Fragen gestellt werden, läßt **Herr Heinks** über die Vorlage 14/39 "Produktbuch" abstimmen.

**Beschluss:** Der Ausschuss für öffentliche Sicherheit, Ordnung und Bürgerservice empfiehlt dem Rat der Stadt Emden das Produktbuch der Stadt Emden für das Haushaltsjahr 2002 zu beschließen.

**Ergebnis:** einstimmig

A n t r ä g e

**Punkt 7:** Vorlage 14/22/1  
Verbesserung der Verkehrssituation für den Fahrradverkehr; Gemeinsamer Antrag der CDU-Fraktion, der F.D.P.-Fraktion sowie der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen vom 21.10.01

**Herr Stolz** übt in seinem Vortrag zunächst Kritik an der Stellungnahme der Verwaltung. Auch Anregungen, Vorschläge und bereits beschlossene Maßnahmen zur Verbesserung des Fahrradverkehrs ließen zu lange auf sich warten, bemerkt **Herr Stolz**. Dies sei nicht zufriedenstellend. Weiter beklagt er die Versäumnisse beim Ausbau der Bolardusstraße und bemängelt den unsicheren Radweg der Petkumer Straße. In der Stellungnahme der Verwaltung zum Antrag kann er zwar in Teilen Übereinstimmungen erkennen, aber er sehe große Defizite im Hinblick auf die Stärkung des Radverkehrs. Es sollte eine Imagekampagne für das Radfahren gestartet, ein langfristiges Radverkehrskonzept entwickelt sowie kontinuierlich Geld bereitgestellt werden. **Herr Stolz** bemängelt, dass es keinen Verkehrsbeirat gäbe, in dem alle vertreten sind.

**Herr Röttgers** verweist auf den Zwischenbericht des Verkehrsentwicklungsplanes der vom Ingenieurbüro Schnüll und Partner Mitte Februar vorgestellt wird. Eine neue Arbeitsgruppe kann gegenwärtig aus personellen Gründen nicht eingesetzt werden. Dies, so bemerkt **Herr Röttgers**, sei auch überflüssig, zumal alle relevanten Gruppen an der Diskussion über den neuen Verkehrsentwicklungsplan beteiligt werden. Alle Verkehrsprobleme werden in dieser Verkehrskonferenz besprochen, zu der auch der ADFC eingeladen wird. **Herr Röttgers** räumt ein, dass diese Beteiligung verbessert werden kann.

**Herr Bongartz** erinnert an die 3 Beschlussvorschläge des Antrages.

Zu Punkt 1 bemerkt er: der Fahrradbeauftragte wird eingesetzt.

Zu Punkt 2: ein Fahrradkonzept ist Bestandteil des Verkehrsentwicklungsplanes, Haushaltsmittel sind zur Verfügung zu stellen.

Zu Punkt 3: Es soll eine Imagekampagne (bei Schulen, Fahrrad-Sonntag etc.) durchgeführt werden, diese muss nicht kostenintensiv sein.

## **Niederschrift Nr. 1 über die öffentliche Sitzung des Ausschusses für öffentliche Sicherheit, Ordnung und Bürgerservice am 29.01.2002**

---

**Frau Meyer** bemerkt, dass ihre Fraktion gerne den Zwischenbericht abwarten würde. Herrn Buß als Fahrradbeauftragten würde sie akzeptieren.

Nach einer kurzen Diskussion wird über folgenden **abweichenden** Beschluss abgestimmt:

### **abweichender Beschluss:**

1. **In der Verwaltung wird ein Fahrradbeauftragter eingesetzt.** Damit soll sichergestellt werden, dass die Aspekte des Fahrradfahrens bei allen entsprechenden Entscheidungen der Kommunalverwaltung angemessene Berücksichtigung finden.
2. Für die künftige Verkehrsentwicklungsplanung unserer Stadt ist ein Radverkehrskonzept zu erstellen. Dies muss langfristig angelegt und mit festen Haushaltsmitteln ausgestattet werden, damit eine kontinuierliche Arbeit ermöglicht wird. **Nach Fertigstellung des Verkehrsentwicklungsplans werden ggf. weiterführende Konzepte vorgeschlagen.**
3. Es wird eine Imagekampagne FahrRad durchgeführt. Die Kampagne soll die Vorteile des Fahrrades herausstellen und für ein rücksichtsvolles Miteinander aller Verkehrsteilnehmer werben.

**Ergebnis:** einstimmig

**Punkt 8:** Vorlage 14/26/1  
Kostenfreies Parken an Samstagen auf bewirtschafteten Parkplätzen;  
Gemeinsamer Antrag der CDU-Fraktion, der F.D.P.-Fraktion sowie der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen vom 19.10.01

**Herr Bongartz** trägt vor, dass der Antrag "Samstags kostenfrei parken" seitens der CDU nun dreimal einen Anlauf genommen hat. Zweimal sei man gescheitert, jetzt aber, so stellt er fest, haben sie die Mehrheit und könnten endlich umsetzen, dass Samstags das Parken kostenfrei wird. Das dies möglich ist, beweisen die Adventssamstage. Egal welche Katastrophenszenarien von der Verwaltung vorgetragen würden, sie werden den Antrag nun durchsetzen.

**Herr Stolz** steht zwar dem Antrag kritisch gegenüber, erklärt aber, dass die Grünen im Rat diesem Antrag zustimmen werden.

**Frau Meyer** hätte gerne gewusst, wie die Antragsteller die entstehenden Einnahmeverluste ausgleichen wollen. Außerdem befürchtet sie negative Auswirkungen für das Parkhaus und dieser Bau war politisch von allen Parteien gewollt.

**Herr Röttgers** erwidert auf den Vortrag von **Herrn Bongartz**, dass es ihm schwerfalle, die Bemerkung "egal welche Szenarien die Verwaltung vorträgt" zu akzeptieren. Mit der Regelung Samstags kostenfrei zu parken, gefährde man die Unterhaltung des neuen Parkhauses am Wasserturm, das Unternehmen sei auf die Einnahmen aus der Parkraum-Bewirtschaftung angewiesen. Niemand werde das Parkhaus nutzen, wenn alle anderen Parkplätze kostenlos zu haben sind. Außerdem weist **Herr Röttgers** auf Einnahmeverluste für die Stadt hin.

Für **Herrn Grendel** ist bei der Neuregelung nicht nur der wirtschaftliche Aspekt von Bedeutung, sondern auch das Problem der Dauerparker. Seine Befürchtung ist, dass die ca. 500 Parkplätze, die für Kunden zur Verfügung stehen, bereits morgens um 09.00 Uhr zum größten Teil von Angestellten der Innenstadtbetriebe belegt werden. Weiter geht er davon aus, dass insbesondere ortsunkundige Autofahrer keine freien Parkplätze mehr vorfinden werden, auf Parkverbotszonen ausweichen und im Falle einer Verwarnung verärgert reagieren, zumal die Werbung auf kostenfreies Parken hinweist. Außerdem erwartet er viele

## **Niederschrift Nr. 1 über die öffentliche Sitzung des Ausschusses für öffentliche Sicherheit, Ordnung und Bürgerservice am 29.01.2002**

Beschwerden von Seiten der Anwohner, die im Stadtkernbereich keine freien Stellplätze

mehr vorfinden, weil diese um 09.00 Uhr morgens bereits zu 100% ausgelastet sind. Er hält die neue Regelung verkehrspolitisch für falsch, der Verkehrsfluss sei gefährdet, des Weiteren werde eine äußerst aufwendige und verwirrende Beschilderung erforderlich.

**Herr Röttgers** empfiehlt, den Zwischenbericht zum Verkehrsentwicklungsplan, der in der gemeinsamen Sitzung mit dem Ausschuss für Stadtentwicklung am 14.02.2001 vorgestellt wird, abzuwarten.

**Herr Klaassen** möchte gerne den Bestand der Parkplätze und die Höhe des Gebührenaufschlags wissen.

**Herr Grendel** erklärt, dass die Stadt über 1.500 Parkplätze verfügt, davon sind 1.100 bewirtschaftet (Parkhaus sowie der Parkplatz Wegner sind nicht mitgerechnet). Die Einnahmeverluste für die Stadt werden ca. 64.000,- Euro betragen.

**Herr Woldmer** hat kein Verständnis für den erneuten Antrag. Aufgrund jahrelanger persönlicher Erfahrungen in der Adventzeit kann er nur bestätigen, dass an den kostenfreien Samstagen bereits eine halbe Stunde vor Öffnung der Geschäfte die Parkplätze in Anspruch genommen sind. Auch er stelle sich die Frage, wie das Parkhaus auf seine Kosten kommen soll und ob die Stadt auf die 64.000,- Euro verzichten kann.

**Herr Heinks** findet den Vorschlag der Verwaltung, die Bewirtschaftung der Stellplätze im Behördenviertel und am Bentinkshof am Samstag aufzuheben, sympathisch. Er schlägt vor, lieber mehr Werbung für diese kostenlosen Plätze zu machen. Seine Fraktion setze alles daran, die Innenstadt zu fördern und zu stärken. In der völligen Aufhebung der Bewirtschaftung befürchtet er aufgrund der Erhebungen, die im Rahmen der Voruntersuchungen zum Verkehrsentwicklungsplan vorgenommen wurden, eher Nachteile für die Geschäftsleute der Innenstadt.

**Herr Bongartz** erwidert, dass das kostenlose Parken an den Advent-Sonnabenden nach seiner Ansicht nicht zum Chaos geführt habe. Er werte das Angebot des kostenlosen Parkens vielmehr als Stärkung des Einzelhandels. Damit werde ein Äquivalent zu dem massiven Angebot von kostenlosen Parkplätzen bei den Einkaufszentren am Rande der Stadt geschaffen.

Der Antrag, so bemerkt **Herr Bongartz**, wurde vor der Kommunalwahl in das Wahlprogramm aufgenommen und sie würden ihre Versprechen einhalten.

**Herr Heinks** lässt über den Antrag abstimmen.

**Beschluss:** Das Parken auf den bewirtschafteten Parkplätzen wird an den Samstagen kostenfrei durchgeführt. Statt dessen ist eine großzügige Parkscheibenregelung zu installieren.

**Ergebnis:** mit Stimmenmehrheit  
Dafür: 6  
Dagegen: 5

**Punkt 9:** Mitteilungen des Oberbürgermeisters

Es liegen keine Mitteilungen vor.

## **Niederschrift Nr. 1 über die öffentliche Sitzung des Ausschusses für öffentliche Sicherheit, Ordnung und Bürgerservice am 29.01.2002**

---

### **Punkt 10:** Anfragen

#### a) Radfahren in der Brückstraße

**Herr Stolz** fragt nach dem Sachstand der bereits im Mai vergangenen Jahres beantragten Freigabe der Fußgängerzone der Brückstraße nach Geschäftsschluss für den Fahrradverkehr. Es sei einhelliger Wunsch der dort ansässigen Einzelhändler und auch er sehe keinen Grund dafür, das Radfahren dort nach Geschäftsschluss zu verwehren. Bis heute gebe es aber keine Entscheidung.

**Herr Grendel** bemerkt dazu, dass der Rathausbogen das Problem sei. Die Radfahrer würden unmittelbar auf dem Fußgängerweg landen. Es mache auch wenig Sinn, den Fahrradverkehr vorher über die Daalerstraße abzuleiten, da die Radfahrer dies nicht akzeptieren.

Weiter berichtet **Herr Grendel**, dass der ADFC Kreisverband Emden ein Widerspruchsverfahren in dieser Sache bei der Bezirksregierung Weser-Ems angestrengt habe. Die Entscheidung wird die Bezirksregierung treffen und diese bleibt abzuwarten.

**Herr Grendel** trägt ergänzend vor, dass die Stadt zurzeit die Radwegführung von der Straße "Am Brauersgraben" durch den Torbogen zur Oldersumer Straße hin verbessert. Durch diese Verbesserung erhofft sich die Stadt, dass die Radfahrer die Oldersumer Straße als Alternative zu der parallel verlaufenden Brückstraße annehmen.

**Herr Stolz** erinnert **Herrn Röttgers** an seine Zusage, das Thema Brückstraße heute zu behandeln. **Herr Röttgers** erklärt, dass er nicht in ein laufendes Widerspruchsverfahren eingreifen kann. Er bittet Herrn Stolz, die Entscheidung der Bezirksregierung abzuwarten.

#### b) Tagungsort Feuerwehr

**Herr Odinga** möchte wissen, ob der Ausschuss zukünftig immer im Ratssaal tagt, bzw. ob es möglich ist, bei Tagesordnungspunkten, die überwiegend die Feuerwehr betreffen, auch wieder im Feuerwehrhaus zu tagen.

**Herr Heinks** bemerkt dazu, dass dies kein Problem sein dürfte.

#### c) Verunreinigung der Fahrbahn im Bereich des Schulneubaues Constantia

**Herr Bongartz** weist darauf hin, dass die Fahrbahn durch Bauarbeiten der Schule Constantia stark verunreinigt wird. Die Fahrbahn sollte zumindest jeweils zum Wochenende gereinigt werden.

**Herr Röttgers** sichert Erledigung zu.

### **BEE**

Der Vorsitzende schließt die Sitzung um 18.45 Uhr.